

# Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Mit der 14tägig erscheinenden Beilage „Der Rote Stern“ und den Beilagen „Die Tribüne“, „Die Kommunistin“, „Der Junge Prolet“, „Die Rote Glocke“.  
Enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Gemeinden Bittershagen, Gottesberg, Nieder-Permsdorf, Seltendorf, Neu-Falkbrunn, Weitzeln.

**Anzeigenpreis:** Die 10gepaltene Millimeterzeile ab. deren Raum 10 Goldspennig. Stellen- und Wohnungsangebote, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 5 Goldspennig. — Kellamerkmal: Die Millimeterzeile 3gepaltent über deren Raum im Text 30 Goldspennig.

Dienstag, 23. September 1924

**Bestellungspreis:** Bei wöchentlich 3maligem Erscheinen monatlich 2.00 Mk. wochentlich 30 Pf. Einzelne durch Staatsbed. u. Richt. 10 Pf. Redaktion und Expedition Breslau, Trebnitzer Straße 20. — Postfach 1014 Breslau Nr. 31080. — Fernsprecher: Breslau Plan 8437

## 300 000 Nichtwähler in Oberschlesien.

### Die Ursachen: Der Bankrott der Reichstagspolitik und der Hirtenbrief. Der Stimmenrückgang bei der KPD.

Das hervorstechende Merkmal der Wahlen in Oberschlesien ist der weitere starke Rückgang der Wahlbeteiligung. Die 300 000 Nichtwähler befinden sich durch ihre Wahlenthaltung die Passivität und Verzweiflungsklimmung, die Kleingläubigkeit und das mangelnde Kraftgefühl des Proletariats, die die Folge sozialdemokratischer Koalitions- und Ohnmachtspolitik sind. Sie bezeugen gleichzeitig, daß sie von diesem Reichstag, von diesem Parlament, von dieser bürgerlichen Demokratie keine Rettung für das Proletariat erhoffen. Die Hoffnungen, mit dem Stimmzettel das Elend zu beseitigen, sind endgültig geschwunden. Das ist die zweite Lehre, die uns die 300 000 Nichtwähler geben.

Im einzelnen sind nach den vorläufigen Feststellungen die Wahlergebnisse folgende:

	Mai 1924	September 1924
<b>Kommunisten</b>	129 731	78 917
<b>Sozialdemokraten</b>	26 306	19 229
<b>Zentrum</b>	198 689	191 695
<b>Deutschnationale</b>	109 744	81 002
<b>Polen</b>	49 254	35 839
<b>Völkische</b>	18 883	11 836
<b>Deutsche Volkspartei</b>	18 216	11 683
<b>Deutschsozial (Kunze)</b>	11 408	7 360
<b>Demokraten</b>	11 138	7 811
<b>Wirtschaftspartei, Siedler, Häuserinsgesamt</b>	12 855	12 854

**Demnach haben verloren:**

- die Kommunisten 39%
- die Sozialdemokraten 26%
- das Zentrum 3%
- die Deutschnationalen 21%
- die Polen 30%
- die Völkischen 40%
- die Kunzeaner 34%
- die Deutsche Volkspartei 40%

Den stärksten Stimmenrückgang haben die Kommunisten und Völkischen erlitten. Bedeutet das den Bankrott der kommunistischen Politik, den Sieg des sozialdemokratischen Gedankens? Daraus nicht.

Zunächst die Sozialdemokraten haben über den allgemeinen Stimmenrückgang hinaus einen Rückgang der sozialdemokratischen Stimmen zu verzeichnen. Die Sozialdemokratie, die nur ein lächerliches Grüppchen in Oberschlesien darstellt, hat selbst von diesem Grüppchen noch ein Viertel verloren. Das ist die beste Widerlegung ihrer Lügen

über den Hindenburg Vereinigungspartei und den Uebertritt von 24 oppositionellen SPD-Ortsgruppen zur KPD.

Die Stärkung der Zentrumstimmen (prozentual, denn absolut hat das Zentrum ebenfalls einen Stimmenrückgang von 3% zu verzeichnen) beweist, daß der Hirtenbrief des Erzbischofs Bertram von Breslau seine Wirkung getan hat. Die Androhung der Exkommunikation kommunistischer Wähler hat viele Arbeiter und Arbeiterinnen, die mit ihrem Herzen bei uns stehen, veranlaßt, sich der Stimme zu enthalten. Das Zentrum hat sich wieder einmal als ein Hauptbollwerk des Kapitalismus erwiesen. Durch die hinterhältige Verquickung von Kirche und Politik, die unbekümmert um alle Verfallungsparagrafen vom Zentrum betrieben wird, gelang es diesmal noch den Dunkelmännern, ein schwarzes Wahlergebnis zu erzielen.

Der Hirtenbrief des Erzbischofs Bertram-Breslau bedeutet eine Verletzung des Wahlgeheimnisses, das nach der Verfassung gewahrt werden muß. Es ist ein Eingriff in das Selbstbestimmungsrecht der Wähler, es ist eine Stimmenverfälschung zugunsten einer bürgerlichen Partei. Man sieht, zu welchen unerhörten Eingriffen die Bourgeoisie ihre Zuflucht nimmt, mit welcher Frivolität sie ihre eigenen Gesetze und Paragraphen umwirft, ihre eigene Demokratie mit Füßen tritt, wenn die kommunistische Flut eine für sie bedrohliche Höhe erreicht. Es ist selbstverständlich, daß wir diese Wahl anfechten werden.

Die Kommunistische Partei verliert kein Mandat. Zwar bleibt von Oberschlesien Genosse Jadaš in Reichstag, während Genosse Jendrosch sein Mandat verliert, dafür erhalten wir jedoch auf die Reichsliste voraussetzlich ein weiteres Mandat. Aber selbst der Verlust eines Mandates hätte für uns, die wir keine Krüppenjäger sind und nicht an sozialdemokratischen Parlamentarismus leiden, nicht dieselbe Bedeutung wie für jene.

Besonders bedeutungsvoll ist, daß wir gerade in den ausgesprochenen Industrieorten unseren Widerstand ziemlich gehalten haben, also gerade dort, wo die entscheidenden Schlachten zwischen Kapital und Arbeit geschlagen werden. Wenn man die Stimmen nicht nur zählt, sondern auch wägt und wertet, ist diese Feststellung von großer Wichtigkeit.

Jedenfalls: wir brauchen nicht den Mut zu verlieren. Noch immer sind wir die stärkste Partei Oberschlesiens. Noch immer ist die Sozialdemokratie Oberschlesiens ein jämmerliches Grüppchen.

Noch immer bekennt sich jeder siebente Mann und jede siebente Frau Diktator uns offen zu uns, den Kommunisten.

Die schwere wirtschaftliche Lage, der weiße Terror, die internationale Kapitalistenfront, die Bittellisten der 2. Internationale und ihre Sektionen haben seitwärts in Oberschlesien die rote Flut zurückgedrängt. Die rote Flut wird wieder hervorbrechen und alle gelben, schwarzen und schwarz-weißen Dämme niederreißen.

## Wie verhindern wir den kapitalistischen Krieg?

E. G. Gewerkschaften und Sozialdemokraten trafen am 21. September Kundgebungen gegen den Krieg in allen Orten veranstaltet. Unter dem Namen „Friedensfreunde“ suchten sie Massen zu ihren Kundgebungen zu gewinnen. Hinter verschlossenen Türen wurden die bekanntesten süßen Friedensreden gehalten, begleitet von Beethovenischen Symphonien und inhaltlosen Vorträgen bürgerlicher Schaulustler.

Im jämmerlicher Art mußte die 2. Internationale, Sektion Deutschland, ihre Forderungen belegen. Der Sozialdemokrat Seering hatte verboten, daß schwarz-rot-goldene Fahnen zum Antikriegstag über die Straßen getragen wurden. In einem Schreiben an den Oberpräsidenten von Münster teilte er sogar mit, daß die Polizei bei etwaigen Demonstrationen mit der Waffe gegen die Friedensliebhaber vorgehen habe. Und all es Mahnung, hat es doch Methode. In der Republik müssen sich die Republikaner in ein paar Säle verziehen, damit die Reaktion ungehindert auf den Straßen ihre Macht zeigen kann. Kundendemonstrationen in Elberfeld, in Münster, auf dem Tannenberger Schlachtfeld, „Friedensfüßlinge“ sollen von Severings Garden niedergemacht werden.

Nicht fromme Wünsche, sondern die Machtverhältnisse bestimmen über Krieg und Frieden. Jeder Arbeiter weiß, daß die kapitalistische Macht den Krieg braucht, wie sie das Proletariat braucht. Die Sozialdemokraten und die Gewerkschaften, die im August 1914 den schmachvollsten Verrat an der Arbeiterschaft begangen haben, haben sich weiter zu einem treuen, zuverlässigen Diener der kapitalistischen Gesellschaft entwickelt. Sie wollen den Aufbau der kapitalistischen Gesellschaft, sie müssen also auch, ob sie wollen oder nicht, seine Konsequenzen, den Krieg, hinnehmen. Die Sozialdemokraten von 1914 haben sich trotz ihrer Parole: „Nie wieder Krieg“, in ihrer Linie weiter entwickelt und sind heute im internationalen Maßstabe zu den brutallsten Sozialimperialisten geworden.

Seit über einem halben Jahr jubelt die SPD-Presse mit den Bürgern: „Wir nähern uns dem Zeitalter des Friedens“, wie sie täglich schon vor 1914 taten. Der Sozialdemokrat Löbe in Breslau erklärte sogar:

Das Londoner Abkommen ist der Beginn des Weltfriedens.

Friedensgefänge und Schmalmeien ertönen von der Sozialdemokratie, von derselben Sozialdemokratie, die im Weltkrieg alle Schandtaten des deutschen Imperialismus mitgemacht und gutgeheißen hat. In gleicher Zeit jedoch rüft die ganze Welt in noch nie dagewesener Weise. Alle Staaten der Erde bis auf Deutschland und Oesterreich haben ein ardetes stehendes Heer als in Friedenszeiten. Der Sozialist MacDonald bewilligt Gelder zum Flottenbau und im Lande des großen Friedenspropheten Dawes sind für die nächsten fünf Jahre 15 000 000 Dollar für Rüstungen bewilligt worden. England hat bereits heute 600 Aeroplane, 34 Geschwader und 23 300 Flieger. Die Zahl der Flieger im Lande des Sozialisten Herriot beträgt 27 730, der Aeroplane 1562 und 174 Geschwader.

Auch in diesen Ländern wurde am 21. September gegen den Krieg demonstriert. Einberufen wurde ebile Demonstration von denselben Parteien, deren Mitglieder MacDonald und Herriot sind.

Dieser Widerspruch zwischen Rüstungen und Friedensparolen entlarvt die Parolen als gleichzeitigen Ledmantel für den kommenden Krieg. Vor dem Weltkrieg wurde auf internationalen Kongressen beschlossen, im Falle des Ausbruches eines Krieges international in den Generalstreik zu treten.

Schon im Jahre 1912 gab es Revolutionäre, die nicht an die Durchführung eines Generalstreikes bei Kriegsausbruch glaubten. Der August 1914 zeigt die Unsicherheit des Generalstreikbeschlusses, denn die ganze 2. Internationale verfiel der Vaterlandsverratung.

Vor zwei Jahren versammelten sich die Sozialdemokraten aller Länder, Gewerkschaftler, Quäker, bürgerliche „Friedensfreunde“ im Haag und überlegten noch einmal, was zu machen sei, wenn mal wieder ein Weltkrieg brochen sollte. Die „Weisen“ der Erde kamen wiederum zu dem Entschluß, wenn's losgeht, machen wir einen Generalstreik und der Krieg ist zu Ende.

Karl Kautsky, der Theoretiker der 2. Internationale war beglückt über die einstimmige Annahme des Entschlusses durch die Bürger und die Sozialdemokraten im Haag. Das reformmüde Gemd Karl Kautskys ist jedoch sehr durchlöchert und manchmal geht zwar nicht der Verstand, aber seine Tradition

### Die Streiks in Belgien und Frankreich.

(Eigener Drahtbericht.)

Brüssel 22. September.

Die französische Sektion der IAG, hat im Verein mit der belgischen Sektion und den gewerkschaftlichen Organisationen Frankreichs beschlossen, die Aufnahme der Kinder von Bergarbeitern des belgischen Borinage bei den Bergarbeitern des Nordens und im Gebiet des Bas de Calais zu organisieren. Bisher hat die französische Sektion der IAG, den belgischen Bergarbeitern eine Summe von 50 000 Frs. zur Verfügung gestellt.

### 65 000 englische Textilarbeiter vor dem Streik.

Man erwartet einen Streik der Textilarbeiter in Neu-England infolge einer kürzlich vorgenommenen Lohnsenkung von 10 Prozent. Die Zahl der Streikenden würde sich auf 65 000 belaufen.

### Der italienische Konsul in Georgien über die Lügenmeldungen.

Der italienische Konsul in Georgien berichtet in einem Telegramm vom 19. September:

„Am 17. und 18. September sind Nachrichten über die jüngsten Ereignisse in Georgien zu verzeichnen. Die europäische Presse im Westen veröffentlichte fälschlich die russische Postkarte in Moskau und auch nach Konstantinopel mitgeteilt, daß man dem von den Bolschewiki zum Zusammenbruch bereiteten Anstand gar keine Bedeutung zuschreiben müsse. Jederfall herrscht Ordnung, die öffentliche Meinung ist empört über das Abenteuer.“

Diese Meldung stammt vom Konsul M. P. ...

### Herriots Schergen wollten den Genossen Paul Frölich verhaften!

Die Besatzungspolizei in Düsseldorf verhaftete den kommunistischen Reichstagsabgeordneten Paul Frölich. Er hatte in einer Massenversammlung der KPD gegen den Londoner Pakt gesprochen und gegen die Klassenjustiz. Die Verhaftung erfolgte, weil er in seinem Referat auf die revolutionären Aktionen französischer Gruppen vom Jahre 1918 eingegangen war. Darin wurde eine Verletzung der Erde der französischen Armee erblickt, während es sich natürlich um das genaue Gegenteil handelt. Mit uns mitgeteilt wird, gelang es Paul Frölich, unter Mitwirkung der Arbeiter, sich der Verhaftung wieder zu entziehen.

Wir hoffen, daß sich letzteres als den Tatsachen entsprechend bestätigt und danken den tapferen Düsseldorfern Arbeitern, die den Genossen Frölich den Schergen Herriots wieder entrissen haben. Die französische Arbeiterchaft muß gegen den frechen Vorstoß ihrer hinter-Regierung wirklamen Protest einlegen. Der Versuch, Genossen Frölich zu verhaften, ist eine offene Verletzung des Londoner Paktes. Aber die französische und deutsche Regierung, die gemeinsam die Separatisten freilassen, scheinen bei der Kommunistenverfolgung das rührendste gegenseitige Verständnis zu haben.

### Kommunistenjagd in Polen.

Die polnische Polizei hat auf die Spur eines in Warschau im Geheimen tagenden Kongresses kommunistischer Agitatoren. Sämtliche Teilnehmer, 21 an der Zahl, wurden verhaftet.



aus den Töchtern hervor. Der Herr Kautsk, der mit Tauschen und Trompeten die Beschlüsse vom Haag anerkannt hat, schrieb zum 21. September einen Artikel, der in allen SPD-Zeitungen erschien, in dem folgendes steht:

Mit größter Energie wenden sich die Arbeiter allerorten gegen dieses entsetzliche Kriegsverbrechen. Das stärkste Mittel, mit dem sie es zu bannen suchen, ist der Entschluß, durch einen Massenstreik einen ausgelassenen Krieg im Keime zu ersticken.

Die Absicht ist eine höchst begeisterte. Aber auf die Gefahr hin, sich unpopulär zu machen, muß ich geltend machen, daß ich heute an der Wirksamkeit des Mittels, wenn für sich allein angewendet, ebenso zweifeln, wie ich vor dem Krieg von 1914 im Gegensatz zu vielen meiner Freunde, nicht nur Rosa Luxemburg, sondern auch Jean Jaures, Vaillant, Reir Garcia, daran zweifelte.

Das Mittel könnte erst zur Anwendung kommen, wenn es in Spätstadium ist, einmal der Krieg ausgebrochen, dann erst die Kriegspartei die Waffen, dann werden sie ganz von dem einem Gedanken beherrscht, die feindliche Invasion, die eigene Niederlage zu verhindern. So war es 1914 und so würde es wahrscheinlich wieder sein.

Beilagen wie nicht die Kraft, die Politik zu hindern, die zum Kriege führt, dann vermögen wir auch nicht, ihn selbst zu hindern. Unser Abwehr muß lange vor dem Kriegsausbruch, nicht erst nach diesem eintreffen.

Der Massenstreik zur Abwehr des Krieges ist aber auch darin unvollkommen, daß er im besten Fall Kriegshandlungen lähmen kann, nicht aber den Gegenschlag auszuheben vermag, der den Konflikt hervorruft. Und das zu bewirken ist die Hauptaufgabe.

Wir müssen uns vor allem fragen: Wie ist es möglich, zu verhindern, daß Gegensätze zwischen den Staaten austauschen, und zu bewirken, daß, wo solche trotzdem emporkommen, sie durch andere als kriegerische Methoden überwunden werden? Wir müssen trachten, den Krieg überflüssig zu machen, dann ergibt sich seine Verhinderung von selbst.

Man sollte annehmen, Karl Kautsky wäre rühmlich Mitglied der Kommunistischen Internationale geworden und sei in das Fahrwasser des ersten Leninismus geraten. Die Kommunisten haben immer gesagt, nicht der Generalstreik kann einen Krieg verhindern, sondern in den Vorbereitungen, den Krieg zu verhindern, liegen die Voraussetzungen zum Frieden. Aber wir Kommunisten fügen noch konkret hinzu, daß die Vorbereitungen zur Verhinderung des Krieges nicht in Resolutionen liegen, sondern in der Aktivierung des Proletariats im Kampf gegen den Kapitalismus. Ein solch guter Leninist wie Kautsky plötzlich mit der Verwerfung des Generalstreiks geworden ist, ein solch guter kapitalistischer Zuhälter ist er aber auch geblieben, indem er den Völkerverbund propagiert.

(Schluß folgt.)

### Statt Preisabbau — Steuerung.

Wie es mit dem Preisabbau, den die Regierung rillendhaft anhängt und den die SPD als höchsten und letzten Ausbruch wirtschaftspolitischer Weisheit beifallig begrüßt, in Wirklichkeit aussieht, zeigt der letzte Großhandelsindex. Der Index ist insgesamt um 3,1 Prozent gestiegen. Von einzelnen Gruppen sind Lebensmittel um 7,4 Prozent gestiegen, während Industriewaren nur um 0,4 Prozent zurückgegangen sind. Rohpreise blieben unverändert.

Am letzten Mittwoch alle die Getreidepreise pro Sonne um 3-4 Mark gestiegen. Vom 1. August bis zum 15. September sind allein die Roggenpreise von 133 — 141 Mark bis auf 201-208 Mark gestiegen.

So steht der Preisabbau in Wirklichkeit aus.

Und damit die Steuer und Kapitalisten die Waren zurückhalten können, um die Preise noch weiter in die Höhe zu treiben, gibt die Regierung neue Kreditschüsse an sie und legt zum Besten der „leidenden“ Großgrundbesitzer die Zinsen herab.

Diese Politik macht die SPD mit.

# Dawes verbietet Lohn- und Gehaltserhöhungen.

Arbeiter, Angestellte und die große Masse der Beamten sind durch die weit unter dem Existenzminimum stehende Entlohnung zum Hungern und Entlassen verurteilt. Diese Tatsache und das weitere Steigen der Preise für die Lebenshaltung in den letzten Wochen hat zur Folge, daß alle Proletarierkämpfer für eine Erhöhung der Löhne und Gehälter kämpfen. Doch sowohl bei der Regierung, wie bei Privatunternehmungen stoßen sie auf eine schroffe Ablehnung, ja noch mehr. Überall wird Lohn- und Gehaltsabbau angebroht und sogar schon durchgeführt. Warum und mit welcher Begründung? Dafür liegen heute zwei ganz bezeichnende Meinungen vor, die die gegenwärtige Situation grell beleuchten. Die erste ist eine bürgerliche Meinung. Sie lautet:

„Vor einigen Tagen sind die Spitzenorganisationen der Beamten, wie wir bereits meldeten, an die Reichsregierung herangetreten und haben ersucht, daß mit Rücksicht auf die weitere Stabilisierung der Währung und speziell mit Rücksicht auf das Londoner Abkommen von weiteren Kürzungen der Beamten eine Gehaltserhöhung für notwendig erachtet werde. Wie wir hierzu erfahren, ist den in Frage kommenden Beamtenorganisationen bedeutet worden, daß eine Gehaltserhöhung gerade infolge des Londoner Abkommens nicht angängig sei, da dieses dem deutschen Volke ungeheure Lasten auferlege. Auch die Beamtenkassen müsse gleich allen anderen Staatsbürgern ihr Opfer bringen.“

Die zweite ist eine Antwort des Verbandes der Berliner Metallindustriellen auf die vom IFA-Kartell geforderte Gehaltserhöhung der Angestellten. Der IFA lehnte eine Erhöhung ab mit der folgenden Begründung (wörtlich):

„Wir möchten es als eine Pflichtverletzung gegen die Regierung ansehen, Lohn- und Gehaltserhöhungen zu gewähren, wodurch der im Interesse der Arbeitnehmer liegende von der Regierung mit allen Mitteln angeordnete Preisabbau gefährdet werden könnte.“

### Die Lenierung steigt weiter.

Die Reichsindexer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für Mittwoch, den 17. September, auf das 1,61 billionenfache der Vorkriegszeit. Sie hat sich gegenüber der Vorwoche 1,15 Billionen um 0,9 v. H. erhöht.

### Hoch der Achtstundentag!

Groß ist die Anstrengung aller Arbeiter Deutschlands, den Achtstundentag wiederzuerlangen. Mit Entlassungen, Lohnabbau und Kurzarbeit werden die Arbeiter niedergedrückt, ihre Führer werden ins Zuchthaus gesteckt, dafür träufelt die SPD „Führerschaft“ die Arbeiter mit der Bestabstimmung. Am haben die Grundbesitzer am 1. September den Tarif gestündigt und fordern Verlängerung der Arbeitszeit unter Tage von 8 auf 10 Stunden und über Tage von 10 auf 12 Stunden, Lohnabbau, Abbau der Soziallohn und Wegfall der Ferien. Anstatt nun alle Kräfte der Arbeiter zu vereinen, um dem geschlossenen Unternehmertum ebenso geschlossen entgegenzutreten, den Kampf in ganz Deutschland einheitlich zu organisieren, läßt man alle Hände gerade sein und verkauft Mark an Preise von 50 Pf. für die Propaganda der Abstimmung. Die Kommunisten aber sagen, daß man mit einer Abstimmung niemals den Achtstundentag wiedererhält; nur mit dem Mittel des ersten Kampfes können Achtstundentag und Selbstbestimmung, Feiern und Sozialpolitik, lebensmäßige Löhne und Bollarbeit eingeführt werden.

### Amerikanische und deutsche Zertifikatisten gegen das Washingtoner Arbeitszeitabkommen.

Der „Konfessionär“ das Blatt der Großhändler der deutschen Zertifikatisten, berichtet über die Erhellung der amerikanischen Zertifikatisten. Auf den 23. Kongress des Zentralverbandes der amerikanischen Industriellen in Los Angeles wurde der Beschluß gefaßt worden: Als Industrie Union wird die Zustimmung nicht geben, daß die Vereinigten Staaten von Nordamerika Mitglied der internationalen Arbeitsorganisation in ihrer jetzigen Gestalt werden. Nach unserer Meinung vertritt diese Organisation

Diese beiden Meinungen — es sind nur die charakteristischen von vielen hundert dieser Art — zeigen, daß die von uns vorausgesetzten Wirkungen des Dawes-Planes mit einer fabelhaften Schnelligkeit eingetroffen sind. Prolet hungere, schmale den Schwadriemen noch enger, Dawes und das deutsche Kapital brauchen Geld, ihr mächtiges Opfer bringen. Das ist die Lösung der Bourgeoisie. Das ist „Sonnenland“ des Reparationsplanes, von dem T. A. T. u. o. w. im Auftrag des IFA, den Berliner Gewerkschaftsfunctionären erzählte.

Es wäre eine „Pflichtverletzung gegen die Regierung“, wenn wir die Gehälter erhöhen würden, sagt der IFA. Ist eine größere Verhöhung der Angestellten denkbar, angesichts der Tatsache, daß sie mit 71 und 79 M. pro Monat abgepaßt werden, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen 9 bis 20 M. Lohn pro Woche erhalten? Der Angestellte braucht wirklich kein Politiker zu sein, wenn er sich demgegenüber fragt: Was ist das für eine Regierung und für eine Republik, die es für eine Pflichtverletzung hält, wenn mein Gehalt so erhöht würde, daß ich wenigstens nicht zu hungern bräuhete. Die Antwort geben ihm die Regierungsstellen selbst, indem sie sagen, gerade wegen des Londoner Abkommens ist eine Erhöhung nicht angängig.

Welche Schlussfolgerung müssen daraus die Beamten, Arbeiter und Angestellten ziehen? Sie müssen zusammenstecken und kämpfen.

gegen die Durchführung des Dawes-Planes, für ausreichende Lohn- und Gehaltserhöhung. Sie müssen lernen von der Bourgeoisie, die ohne Rücksicht, ob hunderttausende Proletarier verhungern, ihre Raubpläne durchzuführen versucht. Darum auch für die Proletarier keine Rücksicht auf die „Staatsnotwendigkeiten“, sondern schärfsten Kampf für ihre eigenen Interessen, für ihre Lebensexistenz. Dazu ist notwendig, daß sofort in allen Betrieben die Vorbereitungen getroffen, alle Mann reiflos den Gewerkschaften zugeführt und die proletarische Einheit hergestellt wird.

Grundsätze, die in hohem Maße die Freiheit des Individuums und der Industrie opfern und sie der Kontrolle einer Interessensvereinigung unterordnen. Wir können nicht darauf verzichten, die uns berührenden Probleme soviel wie möglich nach dem Grundsatz der Vertragsfreiheit zu lösen, die uns unentbehrlich erscheint, um den einzelnen Individuen wie der gesamten Nation den größten Wohlstand zu verschaffen.“

Der „Konfessionär“ schreibt dazu folgendes: „Diese Erklärung ist höchstbedeutend und muß Deutschland veranlassen, an die Frage mit allergrößter Vorsicht heranzugehen. Die amerikanische Konkurrenz ist bekanntlich schon außerordentlich groß durch ihre Kapitalkraft, und wenn sie auch in der Arbeitszeitfrage freie Hand hat, würde die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Textilindustrie völlig in Frage gestellt werden.“

In der Tat werden in Deutschland in vielen Betrieben heute schon 10 bis 12 Stunden gearbeitet. Die Arbeiter und Arbeiterinnen müssen sofort den Abwehrkampf organisieren und im ganzen Reich um die 46-Stundenwoche und um höhere Abhne den Kampf aufnehmen. Sonst infolge der internationalen Profitjagderei auch der 12- und 14-Stundentag nicht lange auf sich warten lassen und Frauen und Männer noch bei der Arbeit an den Maschinen vor Hunger und Elend zusammenbrechen.

### Die Klassen als Vorbann der Kolonialdiktatoren.

Das Aufleben des chinesischen Aufstandes hat seine Ursachen in der massiven Ausbeutung des chinesischen Volkes. Um diese Ausbeutung auf ewig zu besiegeln, konnten jetzt die Schiffskapitäne der vereinigten Imperialisten.

Aber auch andere Kräfte sind am Werke an der Unterdrückung der chinesischen Bauern mitgeholfen. Schon seit Jahrzehnten schicken die Imperialisten als Vorboten ihrer Raubpolitik Missionäre in das Land, die den Boden der heutigen Kriegsverbrechen vorbereitet haben.

Die Missionäre hatten die Aufgabe, das chinesische Volk in Ehrfurcht vor dem Herrn (den Imperialisten) zu erziehen.

Überall Katholizismus und Kapitalismus Hand in Hand.

Die Kommunisten sind immer für die Befreiung aller Unterdrückten eingetreten.

## Verichtwörer und Revolutionäre

Tagebuchaufzeichnungen von M. Kaniowski aus dem Polnischen überlegt von E. Kubicki

5]

Mit den Letztern sah es traurig aus: von einigen Buchstaben hatten wir zu wenig; besonders mangelte uns das „r“, die Mitarbeiter mußten daher aufgefordert werden, mit diesem Laut ipartiam umzugehen. So wurde das Wort „Barbar“ ganz aus dem Wörterbuch getilgt, gleich wie „r“ in einem Wort; es ward durch „Kausar“ ersetzt. Die Verhaftung schlugen wir in Brenneiens Wohnung auf, er hatte den Vorteil zu einer großen Wohnung zu gehören, welche von einem taubstummen Schneider und seiner ebenfalls taubstummen Frau bewohnt wurde. Die Dudenortographie bestand aus in einem Korb, welcher in dem der zwei von Brenneien bewohnten Zimmer stand. Dieses Zimmer hat den einen Nachteil, keine zweifache Ausgange zu haben; dafür konnte man es aber nur von einem Zimmer aus betreten, welches groß und geräumig dem Brenneien als Werkstatt und Wohnzimmer zugleich diente. Im übrigen bestand sich das gegenüber des kleinen Zimmers höchstens zwei Fuß über dem Dach eines Schuppens, von dem aus man den Erdboden leicht erreichen konnte. Nitschajeff hatte uns mit Schlagwaffen versehen, und Brenneien hatte erklärt, daß die Vasa ihm nicht lebend in die Hände bekommen sollte. Weiterwäre war er fleißig an der Arbeit, das Schreiben behagte ihm wenig. Dafür entdeckten wir bei Jankla eine namenge Talente. Vor allen Dingen begann er Artikel und Proklamationen aus dem Kessel zu schreiben. Er ist ein so, als mache er sich nichts daraus, wenn wir ihn lobten, und spottete selbst über seine Arbeiten; in Wirklichkeit war er aber sehr geübt, welchen Grund sein Artikel nicht zu werden. Er war auch der einzige unter uns, der sich nicht um Nitschajeff kümmerte, er nannte ihn Kausarhaken und ärgerte damit Maria. Die wieder entfaltete eine genaue Fertigkeit im Beschaffen von Geld. Nitschajeff sagte damals andauernd über Geldmangel, ich aber hatte den Grund, daß ich ihm mehr als Geld Menschen fehlten. Er selbst brandmarkte öfters die Freiheit der Frauen und ihre Schwächen.

„Was hört man Neues?“ „Alles gut, Ivan Wassiljewitsch! Im Kaiserlichen Gouvernement hat man die ungrigen Bauern mit Kartätschen empfangen. Hundert oder zweihundert sind tot.“ „Ah! Nicht doch! Ich hab' doch immer gesagt, wir haben eine unumgängliche Verfassung.“ „Ganz recht! Was soll der Hungerige mit Kartätschen...“ „Natürlich! Der Hungerige braucht Brot.“ „Ja, ja! Brot müßte für alle da sein.“ „Gerade gerade! Darüber leide ich eben ein schönes Buch.“ „Ah! Ich leide gerade von der Schande der Prostitution...“ „Um! Auch eine wichtige Sache. Wenn sie fertig sind, dürft ihr bitten...“ „Aber mit Vergnügen! Ich ebenfalls!“ Ganz wie Badische tanzen sie gegenseitig Bücher aus. Oder noch schöner: Da gibt mir eine schöne Idee, dafür gebe ich dir eine schöne Idee und Schluß!

„In das ist ich von Schwere des Passens! Auf Reisen der Selbstgenügsamkeit und in leibigenen Harem hat das seine Individualität aufgefaltet.“

„Dem ganzen unumgänglichen Adel war Bahum einzig und allein ein Reich! Ihr hättet leben sollen, wir eben der selige Herzen von oben herab behandelt.“

„Zemischajeff verfluchte Herzen zu vertheidigen. Seine Glode hätte ganz Rußland erweckt.“

„Sieht du, das hätte man gar nicht werden sollen, kein Rußland: das hätte besser der rote Hahn und das Beil erweckt.“

„Und dann?“ — fragte Zemischajeff.

„Dann? Jener und Blut, Blut und Feuer bis nur Pauern und Arbeiter übrig bleiben, dann wed du diese und laß sie nicht wieder einschlagen, und laß sie sich keine neuen Gözen schaffen!“

„Jankla zwinkerte mit den Augen.“

„Wenn der Bauer aber?“ fragte er „alle Axten verbrennt und zur Abwechslung hat den Berg aus dem Dnjepr holt?“

„Dann ist es deine Sache“ antwortete der — ihm den Berg zu werfen. Es ist viel wildes Fleisch am Menschen, das Beil wird schon zu tun haben.“

„Da lagte Brenneien ganz ruhig.“

„Ich gehe mit euch bis zum Beil, nicht weiter.“

„Nitschajeff wendete sich Brenneien zu und tritt nie mit ihm, er erheiterte ihn sehr.“

„Das werden wir, weder ich noch du, nicht erleben“ dann aber nach einer Weile: aber, wer weiß! Es möchte mich Blut im Ball sein.“

„Herzen müßte Nitschajeff nicht leiden.“

Der Mensch hatte die Seele eines Kaffeepflanzers, wenn er schreiben konnte, die Grille sei wie Hammelfotelette, beide konnte man genießen, aber nicht von ihnen sprechen. Die Grille das war für ihn nicht mehr Mensch. Das war ein anderer, ein gefallener Mensch. Die waren ganz in den Ideen der Leibesgenossenschaft aufgewachsen. Die Grille ist ein gefallener Mensch — solange sie euch nicht zugrunde richtet und nicht auf euch reitet wie auf Eseln. Die Kofolite, die einen Pantier mit ihrem Pantoffel in die Grube schlägt, ist auch ein Proteß.

Nitschajeffs Miß war aber zu Ende, sobald er die Feder ergriff. Er schrieb kurz, abgehackt und unüberzeugend. Er stand katastrophisch jenseits und hatte nichts zu sagen. Für Menschen seines Schlages gab es nur noch ein Wort: die Guillotine. Er ist mit im Gedächtnis geblieben als der einzige reine Typ eines Terroristen. Ihm war der Tod nicht eine Waffe, sondern irgend eine Notwendigkeit.

Das Schreiben ist ein immerwährendes Entdecken von neuen Klängen und von Ueberräuschungen in sich selbst. Nitschajeff hatte aber in sich nichts mehr zu entdecken. Er führte nur aus, Gab fertige Urteile von sich.

Jankla dagegen war unerschöpflich.

Heute dichtete er ein Trauergebet für Rußland, das Ivan der Grausame singen sollte. Dann schrieb er eine grauenhafte Biographie Nilsais. Spottete über Alexander II. Schrieb im Namen Nitschajeffs einen Brief an Kausoff. Für Proklamationen war er weniger zu haben. Das war das Fach Zemischajeffs. Geschlossen und logisch führten sie immer zu der Erkenntnis von der Notwendigkeit der Revolution, ihrer Heilsamkeit und Unabwendbarkeit. Mit hundert oder zweihundert Worten legte er die verwickeltesten Fragen so dar, daß sie klar und einfach erschienen. Und sie waren auch klar und einfach, sobald man den Mut hatte, das ganze Gewirre der augenblicklichen Verhältnisse beiseite zu schieben. Wir aber hatten ganz und gar kein Verlangen von den heutigen Verhältnissen, irgend etwas durch die Stämme der Revolution hinüber zu retten. Unserer Ueberzeugung nach hatte nichts, was mit der Sklaverei des Menschen irgendwas verbunden war, ein Recht auf Achtung. Der freie Mensch würde ohne Zweifel alles, was irgend einen Wert hat, sich neu schaffen können.

„Der Mensch darf von keinem Ding abhängen“ sagte Brenneien, „auch der ist nicht frei, der liebt.“

„Er allein dachte fleißig über die Anforderungen der Bauern von der Erde. Wer Land verlangt, ist auch Sklave des Landes.“

(Fortsetzung folgt)



„Nie wieder Krieg“ in Breslau. Feiern statt Kundgebung.

Das ist die erste Kundgebung... Die Kundgebung war kein Appell zur Besetzung des Klassenstaates...

Im Saal.

Wesungsbörse, Beierle revidierte, Ruffert hielt eine ruhige Rede wie ein Waffe... Ein Lied war Spott auf die Politik der SPD...

Wir können vor dem Kriege nicht stehen, was der Frieden wert ist... Die Ursache des Krieges liegt nach seiner Auffassung in den Konflikten...

Wenn wieder die gleichen Mittel rollen sollten, dann sollte man die Toten zu Richtern der Stunde machen... Nicht die Toten können die Richter in solcher Stunde sein...

Im Garten.

wo eine kleine Parallelversammlung stattfand, sprach der „Linke“ Götstein... Er war noch lustiger als Ruffert und entpuppte sich als absolut bürgerlicher Ideologe...

„Da man nie weiß, ob es sich um einen Angriffs- oder Verteidigungskrieg handelt, gibt es nur ein Mittel, nichts für den Krieg zu tun.“

„Es liegt nur am Willen, ob man am Kriege teilnimmt.“

„Wir Sozialisten werden mit allen Mitteln gegen den Krieg kämpfen.“

Welche, Herr Götstein? Etwa mit einem Hoch auf die deutsche Republik, in das etwa ein Drittel der Zuhörer einstimmen?

Die Jugend, die im Zuge in das Versammlungslokal mit roten Wimpeln und Fahnen unter dem Gesang von Arbeiterliedern zog...

Von vier Jugendlichen wurden die Namen festgelegt: Sebering, der Sozialdemokrat und Gewerkschafter, hatte bekanntlich die Kundgebungen verboten...

Am Schluß der Versammlung kein Gesang der Internationale. Nur ganz zögernd brach die Jugend in Gesang aus...

So die Antikriegskundgebung in Breslau. Solange das Proletariat glaubt, mit pazifistischen Phrasen den Krieg zu verhindern, wird es das Opfer der Kapitalisten sein...

Jugendgenossen und -genossinnen! Ortsgruppe Breslau.

Es ist Pflicht eines jeden, bis zum 1. Oktober freigezwungen zu organisierten zu sein.

Alle diejenigen, die es noch nicht sind, müssen dies sofort nachholen. Ihr müßt erkennen, daß nur eine starke, revolutionäre Mitgliedschaft die Gewerkschaften vorwärtsstreichen kann...

Forderungen der Breslauer Gewerkschaften.

Zahlung der Miete für Arbeitslose durch die Kommune, Schaffung von Lebensmitteln und Kohlen für die Arbeitslosen. Wahl der Armenpfleger aus den Reihen der Arbeiterschaft.

Am Sonntag fand im Zentralballaal eine Gewerkschaftenversammlung statt. Hierzu hatte der Arbeitslosenrat sämtliche Fraktionen des Stadtparlaments eingeladen...

Sozialdemokratische Charakterköpfe in Breslau.

Ein Gewerkschaftsbeamter beschimpft den toten Levine und Erich Mühlam. Ein Stadtrat als Denunziant und Hausknecht.

Genst, der reformistische Gewerkschaftsbürokrat und sozialdemokratische Stroch konnte keinerlei sachliche Einigung auf unsere gegen ihn gerichteten Angriffe machen...

„Surre Führer habe ich an der Arbeit gesehen anlässlich der bayerischen sogenannten Räterepublik... Der Abscheu, den ich vorher schon hatte, hat sich dadurch in Ekel und Verachtung gegen ein solches Führertum gewandelt...“

Als Rot in Reichstag Levine und die Kämpfer der bayerischen Räterepublik beschimpfte, sprangen außer den Kommunisten sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete auf...

Und dieser Hund kam in der „Volkswehr“, dem Organ des „anständigen“ Adels, solche Schmierereien bringen... Wie tief muß der Gewerkschaftsredakteur der „Volkswehr“ stehen...

Wir hoffen, daß es noch anständige sozialdemokratische Arbeiter gibt, die sich so etwas nicht gefallen lassen... Die „Volkswehr“ richtet sich damit selbst und wie lange wollen noch die Steinarbeiter diesen Genst in ihren Reihen dulden...

Stadtrat Rasch als Denunziant und Hausknecht.

Man schreibt uns: Nach der gestrigen Antikriegskundgebung zogen etwa 6000 Arbeiter, vorwiegend Mitglieder der S.A., demonstrierend durch die Straßen...

Sammelt für „Noten Hilfe“!

Als erster Punkt der Tagesordnung wurde der Antrag auf Zahlung der Miete für die Arbeitslosen behandelt... Dieser Antrag wurde einstimmig von den bürgerlichen Parteien einstimmig abgelehnt...

Genosse Niesel betonte ferner in seinem Referat die Wichtigkeit des Kampfes für die Gewerkschaften und wies auf die Folgen des Schwerehandlungsgesetzes hin.

2000 Arbeiter haben die Kündigung zu erwarten. In der Diskussion verurteilte der Deutschbolsche Genosse eine ganze Reihe von Punkten...

Widera von der SPD verurteilte die Schuld in der Behandlung der Arbeitslosen... Die anderen Diskussionsredner schilderten aus ihrer eigenen Erfahrung heraus die unerhörten Missetaten beim Wohlfahrtsamt...

Wenn du aber gar nichts hast, dann lasse dich begraben, denn nur ein Recht zum Leben, Lump, haben nur die, die etwas haben.

Der Vertreter der Demokratischen Partei zog es vor, im Laufe der Diskussion zu verschwinden. Am Schluß der Versammlung wurden einstimmig Resolutionen angenommen...

1. Zahlung der vollen Miete für die Arbeitslosen durch die Stadt.

Escho. Angeblich soll einem Escho der Helm heruntergeschlagen worden sein, worauf einige Eskortierungen erfolgten... Diesen Vorfall benutzte der sozialdemokratische Stadtrat Rasch...

Am Sonntagabend wollte Genosse Mizdorf im Gewerkschaftshaus... Er hatte kaum Platz genommen, da trat Rasch an ihn heran und forderte ihn auf, das Lokal zu verlassen...

„Das kennen wir schon, die Drahtzieher sind immer nicht dabei gewesen.“ Herr Rasch, Stadtrat der SPD, Oekonom des Gewerkschaftshauses und Inhaber anderer Ehrenämter...

Seit wann ist der Oekonom Rasch als Epithel für die Breslauer Politik tätig und hat darüber zu wachen, welche Besucher des Gewerkschaftshauses sich in einer der Polizei unangenehmen Weise politisch betätigen?

Das Verhalten des Rasch ist eine unerhörte Herausforderung der gesamten Arbeiterklasse... Herr Rasch, der Kommunistenfresser, stellt sich offenbar als der absolute Herrscher und Papp der „Margaretenkirche“...

Der skandalöse Fall wird selbstverständlich noch das Gewerkschaftsamt, das Jugendamt und den Beamtenverband beschäftigen.

Unsere Genossen müssen ferner in den Mitgliederversammlungen der Gewerkschaften dafür sorgen, daß die unerhörten Ausfälle dieses sozialdemokratischen Denunzianten gebührend getadelt werden...

Wir haben dieser Zeitschrift nichts hinzuzufügen und hoffen, daß Genosse Erich demnächst Herrn Rasch zeichnet und in ein neues Sammelwerk: „Sozialdemokratische Charakterköpfe“ einträgt.

Aus der Wäschekonfektion zur höheren Löhne.

Die Arbeitgeber haben den Tarif für Betriebs- und Heimarbeitnehmer aufgekündigt, was nicht zu dem Zweck, die Löhne heraufzusetzen... Eine vom Beschäftigtenverband (Opposition) einberufene Versammlung las folgende Entschliebung:

Die am 15. September 1924 in der Pratzslawia stattgefundene Versammlung der Wäschekonfektion erhebt einstimmigen Protest gegen einen beabsichtigten Lohnabbau...

Die Versammlung ist der Auffassung, daß in Anbetracht der schwierigen Lage mit den unerhöht teuren Lebensmitteln und dem betragsmäßig hohen Lohnabbau nicht in Frage kommen kann...

Aus der Provinz Wie die bürgerliche „Ordnungsliebe“ aussteht.

Am Montag sollte in Nieder-Salzbrunn eine Gemeinderatsversammlung stattfinden, welche jedoch wegen Beschäftigungslosigkeit nicht stattfinden konnte... Da die Stadtleitung, welche bei uns in der Mehrzahl es vorzog, zu Hause hinter dem Ofen zu sitzen und Hunde zu dreschieren...

Die Mieter in den Häusern können sich bei den Herrschaften bedanken, daß gegen die Schweinereien nichts unternommen wird... Hier kann man leben, daß es dieser Gesellschaft ganz egal ist, ob den Proleten die Bude über dem Kopfe zusammenfällt...



# Klassenjustiz und Rote Hilfe.

Durch die deutschen Bände bläst ein scharfer Wind. Die Prozesse nehmen kein Ende. Ein Prozeß jagt den anderen und ein Lebensurteil wird von dem anderen an Schärfe und Härte übertriffen. Die Gefängnisse und Zuchthäuser sind überfüllt. Proletarier schmachten darin. Proletarier, die gegen die wirtschaftliche und politische Unterdrückung rebellieren. Und jetzt soll in den Kerker ihr Rebellengestirn gebrochen werden.

Das Vertrauen zur deutschen Rechtsprechung ist längst erschüttert worden. In Deutschland noch ein Rechtsstaat? Diese Frage muß man verneinen. Die Rechtsprechung ist nicht mehr ja, sie war noch nie, unabhängig vom dem Klassencharakter des bürgerlichen Staates. Die Justiz ist eine Waffe des bürgerlichen Klassenstaates und hat notwendigerweise Klassencharakter. Sie ist ein Kampfmittel, ein Werkzeug der Bourgeoisie gegen das Proletariat.

Die Rechtsprechung in der Hand der herrschenden Klasse gegenüber der großen Volksmehrheit der proletarischen Klasse ist eine terroristische Waffe, die, je nach Lage der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse, zurückhaltender oder erbarungsloser angewandt wird. Die herrschende Klasse verteidigt ihre Rechtsform, Gesetze, Einrichtungen und Interessen durch den Terror der Justiz (Todesstrafe, Gefängnis, Schubhaft, Verdrückung usw.).

Gleichheit vor dem Gesetz und Gleichheit vor dem Gericht sind heuchlerische Phrasen der bestehenden Scheindemokratie des bürgerlichen Staates. Die Praxis der Rechtsprechung hat diese Phrasen längst Lügen gestraft.

Es gibt auch keine „unabhängigen“ Gerichte, denn die Richter des bürgerlichen Staates wurzeln nach ihrer Herkunft, ihrer Erziehung, ihren Verwandtschaftsbeziehungen und gesellschaftlichen Verhältnissen nach vollkommen in der Denkungsart der herrschenden Klasse. Aber die Gerichte sind nicht nur nach ihrer Zusammensetzung Klassenorgane, sondern die angewandten Gesetze verleihen den bürgerlichen Gerichten ebenfalls den Klassencharakter. Die Richter müssen diese Gesetze anwenden, selbst wenn ihr persönliches Empfinden sich dagegen auflehnen würde. Sie gehören eben zu den Exekutivorganen des Klassenstaates und sind die Organen der gesamten bürgerlichen Ideologie.

Die vielen politischen Prozesse, die in Deutschland in der Nachkriegszeit an der Tagesordnung sind, haben ihre Wurzeln in verschärften Klassenverhältnissen. Die Scheinneutralität und die Klassenjustiz der politisch-proletarischen Inhaftierten ist der negative Niederschlag der Revolution vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus gesehen. Opfer ohne Zahl mußten schon gebracht werden, und noch ist der Golgathaweg des deutschen Proletariats nicht beendet.

Die Hochverrats-, Landfriedensbruch- und sonstigen politischen Prozesse, die jetzt vor den Säulen der höchsten deutschen Gerichte stattfinden, haben alle Urachen in der politischen und wirtschaftlichen Krise der bürgerlichen Gesellschaftsordnung und der deutschen Bourgeoisie im Jahre 1923.

Es war die Zeit, in der die Faschisten unter Führung Hitler-Ludendorff sicherhaft zum Staatsfeind rüsteten und denkeben auch in Kärnten und München durchführten. Nichts charakterisiert mehr den Klassencharakter der Justiz, als die Tatsache, daß nur in den seltensten Fällen die Justiz die kühnsten Hochverräter aburteilt und dann nur die geringsten Strafen verhängt. Und die Verurteilten werden jetzt alle reiflich in die Freiheit gesetzt. Freiheit für die Faschisten, während andererseits mit unermüdlichem Eifer die furchtbaren Urteile gegen Proletarier gefällt werden. Allein in der Zeit vom Anfang Juni bis Ende August 1924 wurden 1750 revolutionäre Arbeiter zu 310 Jahren und 8 Monaten Zuchthaus, 163 Jahren und 9 Monaten Gefängnis, 13 Jahren und 5 Monaten Gefängnis und zu 46290 Mark Geldstrafe verurteilt.

Die Gefängnisse und Zuchthäuser sind überfüllt. In der Zuchthaus Zuchthäuser bei Hamburg sind 80 Hamburger Oktoberkämpfer, über 100 befinden sich in der Zuchthaus Döllau. Das Zuchthaus Ludau, in dem der untergeordnete Karl Liebknecht während des Krieges jahrelang der Zuchthausstrafe nahe mußte, ist auch heute noch der Kerker für viele Proletarier, die ihre ideale Überzeugung durch die Tat bewiesen.

Leipzig, Sonnenburg, Wittenberg, Wäpfer Gelle Lichterburg und Groß-Strehlitz, das sind Zwangsburgen in denen die Wille der revolutionären Jugend und viele viele Familienmitglieder wegen ihrer revolutionären Gesinnung schmachten.

Wer kennt die Qualen dieser Opfer der Klassenjustiz? Können die lahmen Zellenwände sprechen, würden die Bewachungsposten durch die massigen Gittertüren dringen, würde die Schmach der in Ketten Geschlagenen durch die Gitterstäbe die Herzen des Millionenerbes der Arbeiterklasse erschüttern? Gewiß, das Echo für die Bestrafung der Opfer der Klassenjustiz, der Kampf um die politische Amnestie der proletarischen Gefangenen wäre so mächtig geworden, daß sich auch niemand der Förderung der Freilassung der Inhaftierten widersetzen würde.

Aber neben dem Kampf für die Amnestie wächst der Arbeiterkampf die große Pflicht der sofortigen praktischen Solidarität, der materiellen Unterstützung durch die „Rote Hilfe“. Die „Rote Hilfe“ ist eine politisch-neutrale Organisation und stützt sich zur Ausübung ihres Hilfsvertrags auf feste Mitgliederorganisationen in den Betrieben und im Stadt und Land.

In allen Orten und Betrieben müssen deshalb Rote Hilfe-Komitees gegründet werden, die die organisatorischen Vorarbeiten für eine feste Organisation, die Kaffierung der Beiträge und die Propaganda gegen die Klassenjustiz führen. Jedes Mitglied der „Roten-Hilfe“-Organisation erhält eine Mitgliedskarte und verpflichtet sich, regelmäßig die festgesetzten Beiträge an den Kassierer des Komitees abzuliefern. Neben der Einzelmitgliedskarte ist es Aufgabe der Komitees, ganze Betriebe, Gewerkschaften, Konsumvereine und Arbeiterport- und Besatzvereine als korporative Mitglieder zu gewinnen. Die Arbeiterorganisationen, welche die korporative Mitgliedschaft erwerben, verpflichten sich dadurch, monatlich bis zu 100 Mitgliedern einen Mindestbeitrag von 5 Mark an die „Rote Hilfe“ abzuliefern.

Die „Rote Hilfe“ versucht auch, durch sogenannte Patenschaften einen innigen Kontakt zwischen den Opfern der Klassenjustiz und der übrigen Arbeiterklasse herzustellen. Die Übernahme einer Patenschaft bedeutet, dem betreffenden Betrieben oder der betreffenden Organisation den politischen Gefangenen eines Zuchthaus oder eines Gefängnisses oder den Opfern eines politischen Prozesses und vor allen Dingen ihren Angehörigen von Zeit zu Zeit eine außerordentliche Unterstützung von Lebensmitteln und Kleibern zu gewähren und nach Möglichkeit mit den Gefangenen brieflich zu verkehren. Durch die Erziehung von Kinderheimen, wie z. B. die bestehende Arbeitsschule Bartenhof in Worpelweide sorgt die Rote Hilfe für die Kinder der gefallenen revolutionären Kämpfer.

Die Anforderungen an die „Rote Hilfe“ sind riesengroß. Wenn man bedenkt, daß seit Anfang 1924 bis heute allein in 18000 Anlagen von der Juristischen Zentralfstelle der Kommunistischen Reichstags- und Landtagsfraktion Rechtschutz erteilt worden ist, so kann man sich eingemessen ein Bild von den riesenhaften finanziellen Anforderungen, die an die Rote Hilfe gestellt werden, machen. Daneben werden für Unterstützungsfälle an die Gefangenen, ihren Angehörigen gewaltige Summen benötigt.

Alein im Januar d. J. wurden die Frauen von 3700 politischen Gefangenen und 2000 Kinder, im Februar waren es 3300 Familien und 2000 Kinder, im März 3300 Familien und 2000 Kinder, im April 2800 Familien und 3000 Kinder, im Mai 3400 Familien und 2900 Kinder, die Unterstützung erhielten. Im Monat Juni mußte die Rote Hilfe die Familienunterstützung einstellen, weil leider keine Gelder zur Verfügung kamen und im Monat Juli waren es 3000 Familien und 2400 Kinder, die unterstützt wurden. In der letzten Zahl sind um die 2000 Unterstützungsfälle nicht mit eingerechnet und zwar deswegen weil die Verdrückung der einzelnen Bezirkskomitees eine sehr mangelhafte ist.

Im letzten Monat hat die Rote Hilfe für die Unterstützung allein 110000 Mark angegeben müssen.

Für die Wintermonate versucht jetzt die Rote Hilfe den Familien der gefangenen Genossen eine einmalige außerordentliche Winterhilfe zu geben. Durch intensive Sammeltätigkeit sollen Kartoffeln, Holz und Kohlen aufgebracht werden, um den kältesten Familien eingemessen die Sorge für den Winter abzunehmen. Das ist aber nur dann möglich, wenn die Genossen sofort an die Arbeit gehen. Wannmöglichter Auf- und Ausbau der „Roten-Hilfe“-Organisation ist deshalb eine unaufschiebbare Pflicht.

2000 politische Inhaftierte! Wer kennt ihre Leiden, wer kennt ihr Schicksal? Wer kennt die Not ihrer Frauen und die Wünsche und Hoffnungen der Kinder, der Frauen und Mütter?

2000! — Sie kämpfen für euch, deutsche Proletarier, um eurer Interessen willen stehen sie sich in Felleis schlagen. Ihr müßt ihnen zu Hilfe kommen. Ihr seid Millionen und Millionen! Ihr müßt ihnen sich eure Gedanken, muß sich euer Wille in dem einen Ruf zusammenballen:

Gebt sie frei, deren Leben hinter Kerkmauern verdorren soll! Öffnet die Berleibe denen, deren Existenz vernichtet wird!

Aus Not und Kerker dringt der Schrei:  
**Neht Solidarität!**  
**Bringt „Rote Hilfe“!**  
**Ertämpft die Amnestie!**

## Faschistischer Mord.

Ein Arbeiter schreibt uns:

Am Mittwoch, den 17. September war ich Zeuge einer blutigen Tat. Dort erschloß ein noch nicht achtzehnjähriger Pümmel, der Mitglied einer faschistischen Organisation ist, die sich „Landesklub“ nennt, seine neunzehnjährige Geliebte. Die Tat spielte sich um die Mittagszeit, als das Mädchen von der Arbeit auf dem dortigen Dominum kam. Der Mordbube kam in die Wohnung des Mädchens, wechselte mit ihrer Mutter ein paar Worte, stürzte sich alsdann in die gegenüberliegende Wohnung des Mädchens und schloß von der Türschwelle auf das Mädchen, welches gerade dabei war, ihr Haar in Ordnung zu bringen. Was diesen wilden Gesellen zu dieser furchtbaren Tat veranlaßte, darüber herrscht noch Dunkel, da derselbe flüchtig ist. Jedenfalls fällt ein großer Teil der Schuld dieser Tat auf das Konto der gesamten Führerschaft dieser Organisation, die solchen Kollungen die Waffen in die Hand drücken. Diese Unart nimmt in dieser Gegend sehr überhand; die Knallerlei des Nachts schreckt die Bewohner aus dem Schlaf. Neuerungen von diesen Mordbuben sind: „Jeder, der sich nicht widerwehrt, wird über den Haufen geknallt, denn es sind doch bloß Kommunisten“. Dafür wird das Mordgesindel auch von ihren Führern beim nötigen Anloß in der Blutschicht mit großer Begeisterung für seine Taten gelobt. Diese Führer sind natürlich in den besseren Kreisen zu suchen a la Oberförster Lehner usw. Die Regierung wird hiermit angefragt, wann sie diesem Treiben ein Ende machen und die Einwohnerchaft von dieser Pest befreien will, der Mörder arbeitet schon fast einmahl Jahre nicht, aber Geld hat er im Überfluß. Arbeiter, für solche Mordgesellen hat man Geld, bloß für eure sauer verdiente Arbeit nicht.

## Ortsausführung des AOB. in Gleiwitz.

Am Mittwoch, den 17. d. Mts. fand eine Ortsausführung statt. Zuerst wurde die Organisationsfrage besprochen. Verschiedene Delegierte sind sich ihrer Pflicht nicht bewußt und schwänzen die Sitzung.

Anwesend waren die Delegierten der Bauarbeiter, der Zimmerer, der Eisenbahner, der Steinarbeiter, der Schneider und der der Metallarbeiter.

Alle anderen Verbände hatten Delegierte nicht entsandt.

In der Zahlung der Kartellbeiträge ist gleichfalls ein Schlenrian eingerissen. Der Bergarbeiterverband gab zuerst an, die Beiträge nach Hindenburg abzuführen, dann will er wieder die Beiträge deswegen nicht zahlen, weil der frühere Metallarbeiterangestellte Ziaja noch im Kartell ist. Der Metallarbeiterverband weigert sich, die Beiträge zu zahlen, weil ihm ein Darlehn vom Volkshaus „Neue Welt“ noch nicht ganz zurückgestellt ist. Die säumigen und sabotierenden Verbände werden in der nächsten Vorstandssitzung zur Debatte stehen und durch schärfere Maßnahmen zur Erfüllung ihrer Pflichten gezwungen werden. Den einzelnen Verbänden werden die Beschlüsse des Vorstandes schriftlich zugehen. Zum Schriftführer wurde der Kollege Wita gewählt.

Unter Mitteilungen berichtet der Vorsitzende über Aufforderungsschreiben an einzelne Verbände und über Anträge die dem Magistrat wegen Erwerbslosenunterstützungen und Kurzarbeiterunterstützungen gestellt wurden. Der von der Gewerkschaftsinternationale für den 21. September angelegte Antikriegstag wurde von der Sitzung abgesehen zum Teil aus Gründen des Wahltages.

Chyguda vom Metallarbeiterverband brachte verschiedene Gerüchte vor, die schon öfters, schon vor Jahren die Gewerkschaften beschäftigten. Dieses Mal ist Ziaja der Mittelpunkt der Angriffe. Ziaja hat nach diesen Neußerungen Chyguda die auf eine Zerlegung der Bewegung eingestellt sind, nun Gelegenheit sich zu rechtfertigen, was auch durch ein eingeleitetes Verfahren gegen die Berleunder geschieht. Kritisiert wurde, daß die Kandidaten zu den Versicherungsämtern sich zum zehnten Teil aus Oberleitern und mit neun Zehnteln aus dem anderen Schiefer zusammensetzen. Ziaja berichtet, daß zwischen dem Genossenschaftsvorsteher um ihn als Vertreter der Gewerkschaft ein Vergleich über die Zahlung der Mitgliedsbeiträge abgeschlossen war. Dem Landessekretariat geht ein entsprechender Bericht über die Sitzung zu. Die nächste Sitzung findet am 15. Oktober statt.

## Einen neuen Leser, Genosse!

Verantwortlich für den gesamten Text: Rudolf Belle, Breslau; Inserate: Arthur Müller, Breslau; Verlag: Produktionsgenossenschaft für die Provinz Schlesien, e. G. m. b. H. Breslau. Druck: Neubau-Berlin, Filiale Breslau.

**Theater**  
 Stadttheater  
 Opernhaus  
 Schauspielhaus  
 Victoria-Theater  
 Ernst Toller

**Lieblich = Theater**  
 Täglich 8 Uhr  
**Mijares Bräs**  
 Das mexikan. Drahtseilwunder  
**5 Kaeths**  
 Holländ. Harmonika-Virtuosin  
**Alex Stamer**  
 Sächsischer Komiker  
 und  
**Zehn internationale Attraktionen!**  
**Achtung!**  
**Rasierer, Haarschneiden**  
**Paul Volkmer**  
 Hirschberg, Schwanenstr. 14, I. Stg.  
 Schwanen unter Tagespreis

**Amtl. Bekanntmachung von Gottesberg.**  
 Die Septemberverrentungen für Kleinentzener werden am **Mittwoch, den 24. September**, vormittags von 9 bis 10 Uhr und für Sozialrenter am gleichen Tage von 10 bis 12 Uhr vor dem Sitzungssaal — Zimmer 7 — ausbezahlt.  
 Ausweise vorlegen.  
 Gottesberg, den 20. September 1924.  
**Der Magistrat.**  
 Dr. Giesemann 1031

**Amtl. Bekanntmachung von Sittersbad.**  
 Bei der am 17. d. Mts. stattgefundenen Pflanzensammlung sind für die heilige Gemeinde einjährige Lorbeer, Myrtel und Bergambrosia bei nachstehenden Bezugsstellen angefordert worden:  
 1. Meißner, Joh., Sittersbad, Hauptstr. 183 — 2 Stück weiß —  
 2. Urban, Reinhold, Sittersbad, Hauptstr. 32 — 1 Stück weiß —  
 3. Kube, Emil, Sittersbad, Hauptstr. 16 — weiß —  
 4. Schuberth, Robert, Sittersbad, Hauptstr. 1 — weiß —  
 Den Bezugsstellen von Jagen frage ich dies mit dem Bemerken zu, dass die Pflanzen nur bei angedeuteten Stellen geordert werden können.  
 Sittersbad, den 19. September 1924.  
**Der Gemeindevorsteher Stellvert.**  
 Koegler

**Briefdruckerei**  
 zur Anfertigung und billigsten Preisberechnung von  
**Plakaten**  
**Briefbogen**  
**Rechnungen**  
**Flugblättern**  
**Programmen**  
**Eintrittskarten**  
 und alle anderen Drucksachen  
**PEUVAG**  
 Papier-Druck- und Verlags-Gesellschaft  
 Berlin  
**Filiale Breslau**  
 Scheibner Straße Nr. 50

**Wo vorteilhafter man am?**  
 Nur in der  
**Schlesischen Arbeiter-Zeitung**

Bis **25** ten  
 September muß das  
 Postabonnement auf die  
**„Schlesische Arbeiter-Zeitung“**  
 erneuert werden.

Bestellzettel.  
 Unterzeichneter bestellt hiermit für Monat Oktober 1924 bei der Postanstalt in  
 Exemplare der Zeitung  
**„Schlesische Arbeiter-Zeitung“**  
 zum Preise von monatlich 2,25 M. zur Lieferung ins Haus  
 Name  
 Stand  
 Wohnung







